



© APA/Barbara Gindl

**Lieferdruck**

Die Industrie sieht niedrige Preise für Arzneimittel als Grund für Engpässe und Produktionsauslagerungen.

# Ruf nach höheren Pharma-Preisen

Die Lieferengpässe bei Arzneimitteln halten weiterhin an. Laut Experten könnten Preissteigerungen helfen.

••• Von Katrin Grabner

WIEN/BERLIN. Mehr als 500 Medikamente sind in Österreich derzeit gar nicht oder nur eingeschränkt lieferbar. Und das mitten in einer der stärksten Grippeperioden, die das Land in den vergangenen Jahrzehnten erlebt hat. Rufe nach einer europäischen Produktion und Preissteigerungen, um die Versorgungssicherheit zu garantieren, werden lauter.

## Deutschland legt vor

Im Nachbarland Deutschland wurde bereits reagiert, dort verkündete Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) sofortige Preissteigerungen; die Kassen sollen mehr für Arzneimittel zahlen – eine Maßnahme, die in Österreich teils Zuspruch findet.

„Lauterbach hat eine wichtige Ursache erkannt und will von der Billigstpreispolitik bei der Erstattung von lebenswichtigen Arzneimitteln abgehen. Denn derzeit ist die Vergütung von Medikamenten in Österreich wie auch bei unserem Nachbarn darauf ausgelegt, maximale Preissenkungen zu erzielen, auch wenn das zulasten der Versorgungssicherheit und der heimischen Unternehmen geht“, erklärt Sylvia Hofinger, Geschäftsführerin des Fachverbands der Chemischen Industrie Österreichs (FCIO).

Der Pharmaverband Pharmig liefert ähnliche Argumente. Für eine gestärkte Produktion in Europa brauche es Maßnahmen bei der Preisgestaltung: „Als zentrale Maßnahme ist eine Angleichung der Arzneimittelpreise

im patentfreien Bereich zumindest an die Inflation notwendig. Ebenso muss es im patentgeschützten Bereich, sprich bei den innovativen Medikamenten, ein Umdenken geben, und zwar weg von der Kosten- und hin zu einer Nutzenorientierung“, sagt Alexander Herzog, Generalsekretär der Pharmig. Preiserhöhungen zu unterstützen könnten sich sowohl ÖVP als auch FPÖ vorstellen.

## SPÖ präsentiert Plan

Skeptisch zeigt sich der Dachverband der Sozialversicherungen: Österreich habe im EU-Vergleich bereits hohe Preise. Pharmafirmen könnten außerdem jederzeit Preiserhöhungen im Erstattungskodex beantragen.

Auch die SPÖ hat andere Pläne: Inmitten einer Teuerungs-

welle könne man die Patienten aufgrund der „Untätigkeit der Regierung“ nicht zur Kasse bitten, meint Gesundheitssprecher Philip Kucher. Die SPÖ schlägt deswegen im Zuge ihres „Versorgungssicherheits-Plans“ die Erstellung eines „Made-in-Austria-Fonds“ in der Höhe von drei Mrd. € vor, welcher unter anderem die Finanzierung von Forschungs- und Produktionsprämien garantieren sowie den Ausbau von Produktionsstätten vereinfachen solle.

Darüber hinaus soll das nationale Krisenlager mit entsprechenden Arzneimitteln befüllt werden.



© Stefan Csaky

Pharmig-Generalsekretär Alexander Herzog will Änderungen im System.